



#resetSPD

Beschlossen auf der Landeskonferenz der Jusos Bayern
Am 08. Oktober 2017 in Nürnberg



Antragsbereich Y / Antrag 1

Landesvorstand

Y1: #resetSPD

()

Die SPD muss sich grundlegend modernisieren. Die Erkenntnis, dass unsere Partei sich – um wieder glaubhafter und abgrenzbarer zu werden – ein klares linkes Profil erarbeiten muss, ist nicht neu, hatte sich bisher aber leider nicht gänzlich durchsetzen können. Mit dem desaströsen Wahlergebnis vom 24. September 2017 hat sich zum wiederholten – hoffentlich finalen – Mal gezeigt, dass die neoliberale, sich an der sogenannten „Mitte“ ausrichtende Große-Koalitions-Konsens-Politik ausgedient hat. Diese Einsicht wird offenbar von der Basis bis zur Spitze der Parteiführung geteilt. Wir begrüßen die ablehnende Haltung gegen eine neuerliche Große Koalition ausdrücklich.

- 5
- 10 Doch Opposition allein bringt noch keine Erneuerung. Unsere Aufgabe ist es, für einen nachhaltigen Veränderungsprozess zu kämpfen, bevor sich das dafür zur Verfügung stehende Fenster wieder schließt und die Partei zu “business as usual” übergeht. Dies ist eine Aufgabe, die wir nicht alleine bewältigen können. Es wird dazu notwendig sein, die linken Kräfte innerhalb der Partei zu bündeln und gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Alte Streitigkeiten, persönliche
- 15 Ressentiments und Befindlichkeiten dürfen in diesem Prozess keine Rolle mehr spielen und müssen endlich begraben werden. Eine vorbehaltlose Auseinandersetzung mit Vorschlägen und Ideen aus anderen linken Zusammenschlüssen und Initiativen innerhalb der Partei ist deshalb zwingend geboten. Es muss um die Sache gehen und damit um die Zukunft der Sozialdemokratie.
- 20 Dies gilt sowohl für den innerparteilichen, als auch für den überparteilichen und gesellschaftlichen Diskurs. Gemeinsam mit anderen demokratischen, linken Parteien und Verbänden müssen wir ein Bollwerk der Demokratie gegen rechte Hetze und Populismus bilden.

Wir fordern deshalb:

25

Positionierung und Bündnisarbeit

- die Entwicklung eines neuen Grundsatzprogramms für die SPD, das auf die Fragen der Gegenwart wie der Zukunft antwortet. Hierzu ist eine Analyse der neuen sozialen Fragen erforderlich, die auch den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit berücksichtigt
 - die Sozialdemokratie ist Teil der Arbeiter*innenbewegung, als solche müssen wir uns verstehen und unser Handeln danach ausrichten
 - die SPD muss sich – gerade in Opposition zur AfD – wieder als Teil der gesellschaftlichen Linken verstehen und dies auch nach außen tragen
- 30

- 35 • eine Gleichsetzung von Linkspartei und AfD ist hierbei inhaltlich falsch und strategisch für die SPD verheerend
- die Priorisierung der Zusammenarbeit mit Bündnispartner*innen der Arbeiter*innenbewegung, der antifaschistischen und gesellschaftlichen Linken als oberste Priorität
- 40 • keine Orientierung an Umfragen sondern an Grundwerten
- eine Antwort auf die spezifischen Fragen der jungen Generation. Insbesondere fordern wir, dass das klassische sozialdemokratische Versprechen, dass der*diejenige, die sich anstrengen, vorankommen werden, ersetzt wird durch ein neues Versprechen, für das es sich lohnt zu kämpfen
- 45 • zentralen Aufgaben der Gegenwart von links zu beantworten
 - Globalisierung nicht durch Abschottung, sondern durch internationale Solidarität und Klassenbewusstsein statt nationaler Kollektive bewerkstelligen
 - Ökologische Probleme müssen zukunftsfähig und nicht nach Interesse eines nationalen Wirtschaftsraumes angegangen werden
- 50
- über das derzeitige kapitalistische System hinaus zu denken und das Ziel eines demokratischen Sozialismus wieder zum Mittelpunkt des politischen Handelns der SPD machen.

55

Strukturen

- die Einrichtung thematischer Kommissionen auf Landesebene, die eine Mitarbeit der Basis zusätzlich zu den Ortsvereinen möglich machen. Diese Kommission müssen ein Antragsrecht zu den Parteitag erhalten.
- 60 • Ausbau der Plattform meinspd.de zu einem funktionsfähigen Mitgliederportal als Social Intranet der Partei, dort soll Mitgliedern folgendes zugänglich sein:
 - Organigramm der Partei inklusive aller Kontaktdaten der für das jeweilige Mitglied zuständigen Ansprechpartner*innen und aller Beteiligungsmöglichkeiten mit Anmeldeoption
 - Antragsformulare, Musteranträge
 - Terminübersicht aller für das Mitglied relevanten Gliederungen
 - Informationen, Anleitungen und Videotutorials für (Neu-)Mitglieder
 - 70 – Beschlussdatenbank inklusive eines Nachverfolgungstools
 - Foren zu verschiedenen Themen
 - aktuelle Informationen zu Projekten und Beschlüssen aller Parteigliederungen
 - Abstimmungsverhalten aller Abgeordneten, ggf. im Vergleich zu Beschlusslagen der Partei
 - 75 – Handreichungen und Hilfen zu vernetztem Arbeiten in Ortsvereinen und anderen

- unteren Gliederungsebenen sowie die Bereitstellung von Telefonkonferenzräumen
- thematisch gegliederte Referent*innenliste
- Musterpressemitteilungen, die regional angepasst werden können
- Best Practice Beispiele

80

- Abläufe redemokratisieren. Alle Entscheidungen – die großen und die kleinen – müssen durch demokratisch legitimierte Gremien der Partei in offenen und transparenten Prozessen getroffen werden

85

- Mitgliedervoten als starkes Element demokratischer innerparteilicher Mitbestimmung zu nutzen

Listenaufstellungen zu Wahlen

90

- kein Senioritätsprinzip für Mandatsträger*innen und Funktionär*innen
- primäre Orientierung an Kompetenzen der Kandidierenden, an einer guten Durchmischung (Geschlecht, Alter, Beruf, Migrationshintergrund, etc.) und erst zuletzt an regionalen Zugehörigkeiten
- Kriterien für die Aufstellung einer Liste sind im Vorfeld festzulegen und dürfen sich nicht

95

allein am Regionalproporz orientieren

Antragsarbeit auf Parteitag

- Inhaltliche Beratungen priorisieren
- 100
- Grußworte und andere nicht auf Anträge bezogene Redebeiträge sind auf maximal 30% der Zeit eines Parteitages zu begrenzen
 - Anträge inklusive Initiativanträge des Vorstandes der jeweiligen Ebene dürfen nicht mehr als 20% der Zeit eines Parteitages einnehmen, so dass genügend Raum für Anträge der Basis bleibt
- 105
- jede Arbeitsgemeinschaft, jede Gliederung und jede*r Genoss*in muss die realistische Chance haben, die inhaltliche Ausrichtung der Partei mitzubestimmen
 - Ergänzung des §19 des Organisationsstatus der SPD (Zusammensetzung der Antragskommission) durch eine konkrete Aufgabenbeschreibung: „Der Antragskommission obliegt die Aufgabe, die eingereichten Anträge auf inhaltlich übereinstimmende, ergänzende
- 110
- und kontroverse Positionen hin zu sichten und diese für die Abstimmung auf dem Parteitag vorzubereiten. Abstimmungsempfehlungen der Antragskommission werden den Delegierten schriftlich zur Kenntnis gegeben, aber nicht zur Abstimmung gestellt. Änderungsvorschläge der Antragskommission werden als Änderungsanträge behandelt.
- 115
- Aufgabe der Antragskommission: Sichtung der Anträge auf inhaltlich übereinstimmende, ergänzende und kontroverse Positionen und Vorbereitung für die Abstimmung

mung auf dem Parteitag

- Abstimmungsempfehlungen der Antragskommission werden den Delegierten zur Kenntnis gegeben, aber nicht zur Abstimmung gestellt
- 120 – Änderungsvorschläge der Antragskommission werden als Änderungsanträge behandelt“

Zur Bewältigung der Aufgabe ist ggf. auch eine Vergrößerung der Antragskommission in Betracht zu ziehen.

125

Anbindung der Fraktionen an die Partei

- 130 • Die Leitlinien der politischen Arbeit der Fraktion sind die Beschlüsse der Parteitage.
- Dem Rechenschaftsbericht eines*einer Abgeordneten muss immer eine Tabelle über das Abstimmungsverhalten beiliegen, von Parteibeschlüssen abweichendes Abstimmungsverhalten ist besonders zu kennzeichnen und zu erläutern. Diese Bestimmung ist in die Satzung aufzunehmen
- 135 • die Arbeitsgemeinschaften sowie die thematischen Kommissionen der Partei sind von den Fraktionen – bei Themen die ihr jeweiliges Politikfeld betreffen – rechtzeitig und umfassend zu informieren und einzubeziehen
- der*die jeweils zuständige Sprecher*in der Fraktion legt mindestens zwei Mal pro Jahr der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft und/oder der Kommission Rechenschaft über die Arbeit im jeweiligen Politikfeld ab um diese gemeinsam zu diskutieren
- 140

Bildungsarbeit

- 145 • Gewährleistung flächendeckender Neumitgliederseminare, für die mit dem Willkommenschreiben Gutscheine verschickt werden
- Seminare zum Schreiben von Anträgen
- ein Empowermentprogramm um mehr Ehrenamtliche als Funktionär*innen zu gewinnen, insbesondere junge Menschen, Frauen, Trans*personen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund
- 150 • Rufseminare zu Standardthemen für Untergliederungen anbieten

Gleichstellung

- 155 • “lila Faden“ als sich durch den ganzen Ablauf ziehendes Querschnittsthema bei allen Seminaren, Veranstaltungen und Publikationen verankern
- verstärkt eigene Veranstaltungen und Publikationen zum Thema Feminismus
- verstärkt Genoss*innen für die feministische Arbeit zu interessieren, zu sensibilisieren und

Forderungen nach außen sichtbar zu machen

160

- eine feste Frauenquote, d.h. Delegationen müssen so viele Stimmen verlieren, bis die Delegation wieder quotiert ist
- Quotierung von Redner*innenlisten

Neumitgliederarbeit

165

- Entwicklung einer gezielten Neumitgliederkampagne zur Mitgliedergewinnung
- mit dem Willkommensschreiben an das Neumitglied muss ein Organigramm der Partei-strukturen zur Orientierung versendet werden und direkt Beteiligungsangebote gemacht werden
- dem Neumitglied sind unverzüglich die Zugangsdaten zum neuen Mitgliederportal zuzusenden
- niederschwellige Einstiegsangebote, wie Kennenlernstammtische, eintägige Seminare etc.

170

Begründung:

175

Positionierung – solidarisch links

180

Die Behauptung, die Sozialdemokratie könne nur Wahlen gewinnen, wenn sie sich zur Mitte bewegt, hat sich spätestens durch den Abwärtstrend der letzten drei Bundestagswahl und im Gegensatz dazu mit der fulminanten Aufholjagd von Labour mit Jeremy Corbyn widerlegt. Mit einem klaren linken Programm und einem linken Kandidaten konnte Labour einen großen Erfolg erringen.

185

Insbesondere junge Menschen konnten so für eine sozialdemokratische Bewegung gewonnen werden. Labour und Jeremy Corbyn haben es erfolgreich gemeistert zu vermitteln: Gemeinsam können wir etwas verändern. Hoffnung und Enthusiasmus waren das Ergebnis. Auch junge Menschen in Deutschland sind keineswegs "politikverdrossen", sie organisieren sich in NGOs, politischen Initiativen, Verbänden, Helfer*innenkreisen und zunehmend auch wieder in Gewerkschaften. Parteien wirken noch immer zu starr, zu hierarchisiert und visionslos. Was wir brauchen, um junge Menschen zu begeistern, ist ein klarer linker Gesellschaftsentwurf und den festen Glauben daran, diesen auch erreichen zu können. Unsere Generation will die politische Selbstwirksamkeit erfahren, Entscheidungen mitbestimmen zu können und sichtbar etwas zu verändern. Dies ist in der SPD als demokratische Partei zwar machbar, aber diese Machbarkeit ist von außen – und zuweilen auch von innen – schwer nachvollziehbar. Wir brauchen mehr

195

Transparenz und direkte Beteiligungsmöglichkeiten.

Die Zukunftsängste der jungen Generation sind kaum ein Thema in der Politik und das obwohl nie zuvor weniger Menschen hierzulande weniger daran glaubten ihnen könne es später mal besser

200 gehen als ihren Eltern. Die Sozialdemokratie muss sie endlich ernst nehmen. Die SPD muss die
Bewegung werden, in die junge Menschen ihre Hoffnung und ihr Vertrauen setzen. Hierzu bedarf
es zuallererst den jungen Menschen die Hoffnung zurückzugeben, dass ihr Leben von ihnen
selbst gestaltbar und dadurch besser sein kann. Das zentrale Versprechen der Sozialdemokratie,
durch Leistung – die gesellschaftlich nie neutral definiert werden kann, wobei der Glaube an sie
immer so wichtig war und sie es als verlogene Chiffre bis heute ist – ein besseres Leben zu haben,
205 wird nicht mehr eingelöst.

Unsere Generation ist geprägt von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen: Bei den 25- bis
29-Jährigen liegt der Anteil der befristeten Neueinstellungen bei 50 Prozent.

210 Leiharbeit, Niedriglohn, Kettenbefristungen und Werkverträge gehören zum Alltag. Gerade junge
Menschen befinden sich häufig in solchen Beschäftigungsverhältnissen. Gleichzeitig steigen die
psychischen Belastungen am Arbeitsplatz: Stress und Hetze, sowie das Verschmelzen von Arbeit
und Privatleben und ein Zwang zur ständigen Erreichbarkeit zeichnen gerade das Leben von
Berufseinsteiger*innen nach.

215

Junge Menschen sind deshalb stark verunsichert und materiell eingeschränkt – gerade in der
Phase ihres Lebens, in der die Lebens- und Familienplanung ansteht und Planbarkeit sowohl
gewünscht ist als auch zur Norm gemacht wird. Bezahlbarer Mietwohnraum oder gar Wohnei-
gentum sind in vielen Ballungszentren für die allermeisten von uns – im Gegensatz zu den Zeiten
220 als unsere Eltern unser Alter hatten – unerreichbar. Doch damit nicht genug, der neoliberale
Irrglaube, die Rente sei über den Generationenvertrag nicht dauerhaft finanzierbar, hat sich über
Medien- und Bildungspropaganda der “Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft” und anderer
soweit durchgesetzt, dass eine ganze Generation sich bereits jetzt um ihr Auskommen im Alter
sorgt. Wir sind diejenigen, die riestern, obwohl gleichzeitig in unserer Generation der Wunsch
225 nach gesellschaftlicher Vorsorge für das Alter sehr groß ist. Es ist unsere Aufgabe als Jusos, dafür
Sorge zu tragen, dass die junge Generation optimistischer in die Zukunft blicken kann. Es ist an
uns, glaubhaft zu vermitteln, dass es nicht so kommen muss. Das System der Förderung der
privaten Altersvorsorge wurde politisch geschaffen, es kann auch politisch verändert werden.

230 Wir haben mit einer Politik, die sich am neoliberalen Zeitgeist orientiert hat, unsere Glaubwür-
digkeit verloren. Dafür steht in vielen Punkten unreflektiert das Schlagwort Agenda 2010. Für
uns heißt es jetzt, dass wir dringend eine Analyse über die neoliberale Politik der SPD einfordern
müssen und mit dieser politischen Denkhaltung brechen müssen. Ziel muss es sein, sich an
einer gerechten Gesellschaft zu orientieren, was insbesondere bedeutet Verteilungsgerechtig-
235 keit einzufordern. Die inhaltliche Positionierungen der Vergangenheit sowie das Handeln in
Regierungsverantwortung muss daher dringend hinterfragt und bei Bedarf berichtigt werden.
Dabei sind im besonderen die Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik, die Steuerpolitik und die Pri-
vatisierungen von öffentlichen Gütern wie in den Bereichen der Gesundheit, der Mobilität und
der Kommunikation zu korrigieren. Dass eine derartige klare Positionierung auch zu politischen

240 Erfolg führen kann, sieht man gerade in Großbritannien.

Hierfür brauchen wir aber auch ein Programm mit konkreten Forderungen, an denen soziale Gerechtigkeit auch klar abzuleiten ist. Umverteilungsmechanismen müssen nicht jedes Quartal aufs neue zerredet und relativiert werden.

245

Jetzt muss die Opposition genutzt werden sich klar in politischen Forderungen für soziale Gerechtigkeit zu profilieren. Wir dürfen uns nicht mehr sklavisch an Umfragen orientieren, sondern eigene Positionen entwickeln und auch gegen Widerstand vertreten. Gerade Vermögenssteuer, höhere Einkommensteuer und Erbschaftsteuer müssen bspw. als genau unsere Forderungen

250 kenntlich gemacht werden. Wir müssen deutlich machen, dass eine Abschaffung des Kooperationsverbotes, mehr Mittel für sozialen Wohnungsbau und die endlich überfällige Reform des BAföG die Vorstellungen von uns sind nach denen Politik betrieben wird. Es sind konkrete Inhalte, für die wir gewählt werden, nicht abstrakte Konnotationen zum Wort Gerechtigkeit, wie es im vergangenen überprofessionalisierten Wahlkampf der Fall war.

255

Ein neues Grundsatzprogramm ist hierfür notwendig. Es wird nur dann ein gutes Programm sein, wenn es Antworten auf die zentralen Themen der gegenwärtigen wie zukünftigen Gesellschaften gibt. Die zentrale Frage der Zukunft lautet aus unserer Sicht, eine neue sozialistische Antwort für unsere Zeit zu finden. Prekarität oder Exklusion – unabhängig vom Begriff – begegnet uns wieder

260 zusehends. Als Folge der Politik, auch der SPD, gibt es, gerade in unserer Generation, Menschen, deren Teilhabe an demokratischen wie sozialen Prozessen nicht mehr stattfindet. Die Integration über Arbeit scheint hier an ihre Grenzen gekommen, selbst Menschen in Arbeit sind entgegen aller Beteuerungen weit weg von gesellschaftlicher Teilhabe. Gleichermäßen ist klar, dass jegliche Analyse im Spätkapitalismus nicht daran vorbeikommt, dass unserer gesamte Gesellschaft von

265 einem Grundwiderspruch geprägt ist. Dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Ohne an den Arbeitsverhältnissen anzusetzen und die neue soziale Frage zu beantworten, wird ein neues Grundsatzprogramm fehlschlagen. Globalisierung soll hierbei nicht durch Abschottung, sondern durch internationale Solidarität und Klassenbewusstsein statt nationaler Kollektive beantwortet werden. Ökologische Probleme müssen zukunftsfähig und nicht nach Interesse eines nationalen

270 Wirtschaftsraumes angegangen werden.

Bündnisarbeit und Kampagnen

Die SPD steht wie kaum eine andere Partei in der Tradition mit Bündnispartner*innen aller Art ihre

275 Idee einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft zu erstreiten. Als klassische Beispiele sind der DGB und seine Einzelgewerkschaften sowie Sozialverbände wie die Arbeiterwohlfahrt zu nennen. Diese Zusammenarbeit sorgte neben eines inhaltlichen Inputs auch für eine breite Verankerung der Partei innerhalb der arbeitenden Bevölkerung.

280 Durch die gewerkschaftsfeindliche Politik der 2000er-Jahre haben wir gerade in diesem Feld

erhebliche Rückschläge hinnehmen müssen. Zahlreiche Gewerkschafter*innen fühlen sich bis heute bei der sich bundespolitisch in Opposition befindenden Linkspartei besser aufgehoben als in der Sozialdemokratie. Dies ist eine erschreckende Entwicklung, die auf Dauer das Weiterbestehen der SPD gefährdet.

285

Unter diesem Eindruck muss es der SPD gelingen, dieses Stammklientel wieder zu erreichen und einen engen Schulterschluss mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, aber auch anderen progressiven gesellschaftlichen Bewegungen zu schließen. Die Zersplitterung der Arbeiter*innenbewegung lehnen wir ab. Die Interessen verschiedener Bevölkerungsteile können nur solidarisch innerhalb einer großen Gemeinschaft erstritten werden.

290

Es ist jedoch nicht ausreichend, wenn ein verstärktes Miteinander dieser natürlichen Bündnispartner*innen nur auf Landes- bzw. Bundesebene gelebt wird. Im besten Fall durchzieht diese Partnerschaft die Partei vom Ortsverein bis zur Bundespartei. Um dies jedoch real werden zu lassen, hat die Partei den Schulterschluss dort zu demonstrieren, wo auch immer sie kann. Wir unterstützen die BayernSPD in ihrem Bestreben der Gründung eines Beiratssystems, sehen dies jedoch nur als einen ersten Schritt von vielen an.

295

Für eine Vertiefung der Beziehungen sind ebenfalls Kampagnen vonseiten der Partei zu entwickeln, die in einem breiten Bündnis gefahren werden können. Es ist auf eine gewisse Zuspitzung der jeweiligen Themen zu achten, ohne sich jedoch in zu kleinteiligen Segmenten zu verlieren. Außerdem sollte stets darauf geachtet werden, Aktionen und Materialien möglichst niederschwellig zu gestalten. Es bringt nichts, wenn durch einen übermäßigen Organisationsaufwand kein einziger Ortsverein eine Aktion fahren kann oder niemand unser Anliegen und unsere Inhalte versteht. Exemplarisch soll als best practice die Verwendung von sogenannten Bodenplakaten genannt werden, die auf der einen Seite prägnant formuliert sein müssen, auf der anderen Seite aber auch eine kostengünstige und mit wenigen Personen zu stemmende Form der Kampagnenarbeit sind.

300

305

310 **Innerparteiliche Strukturen**

Ziel muss sein, die eingefahrenen Strukturen und Gremien der gesamten Partei zu hinterfragen. Überall dort, wo Entscheidungen maßgeblich in Hinterzimmern getroffen werden, muss die Partei redemokratisiert werden. Entscheidungen – die großen und die kleinen – müssen durch demokratisch legitimierte Gremien der Partei in offenen und transparenten Prozessen getroffen werden. Wo es sinnvoll erscheint, sind Mitgliedervoten als starkes Element demokratischer innerparteilicher Mitbestimmung durchzuführen.

315

Nicht Besitzstandswahrung und der Erhalt von eigenen Funktionen darf im Vordergrund stehen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass der zu verteilende Kuchen wieder größer wird und wieder Mehrheiten für die Sozialdemokratie errungen werden. Dem muss eine gründliche,

320

ehrliche und vor allem auch breit geteilte Analyse der Lage unserer Partei zu Grunde liegen. Dabei muss aber klar sein: Die notwendige strukturelle Reform darf die inhaltliche Erneuerung weder ersetzen noch verdrängen.

325

Wir müssen unser Profil inhaltlich deutlicher schärfen. Die beste Organisation hilft nichts, wenn sie inhaltsleer und beliebig ist. Nur durch die Gleichzeitigkeit von struktureller und inhaltlicher Erneuerung schaffen wir die Voraussetzungen dafür, die Sozialdemokratie wieder zu einer starken linken Volkspartei zu formen.

330

Ziel muss es sein, dass jede*r von uns, als Mitglied der SPD, die realistische Chance hat, die Partei und unsere Gesellschaft mitzugestalten. Das Mittel dazu ist die Antragsarbeit. Anträge können von jeder*m einzelnen eingebracht werden und wenn sich Mehrheiten dafür finden, werden sie vom SPD Ortsverein oder dem Juso-Unterbezirk bis zum Landes- oder auch Bundesparteitag getragen. Diese Beschlüsse der Partei müssen wieder das Fundament und Leitlinien für die Arbeit in den Räten und Parlamenten werden. Die Sensibilisierung der Mandatsträger*innen hierfür sollte im Interesse der Partei liegen. Dazu ist die strukturelle und inhaltliche Erneuerung zwingend erforderlich. Gerade in diesem wichtigsten Mittel innerparteilicher Meinungsbildung müssen wir maximale Transparenz gewährleisten. Ein "Verschwinden im schwarzen Loch" darf es nicht geben.

340

Ziel muss es dabei im Besonderen auch sein, die Partei insgesamt jünger, weiblicher und bunter zu machen – sowohl in der Mitgliedschaft als auch in den Gremien und Vorständen der Partei sowie in den Parlamenten. Wir als SPD müssen allen Menschen, die sich bei uns beteiligen wollen, die Möglichkeiten und Voraussetzungen dazu bieten. Von der Basis bis in die Parlamente. Das bedeutet insbesondere junge Menschen, Frauen, Trans*personen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund explizit zu fördern.

345

Grundlage hierfür stellen die bereits existierenden Arbeitsgemeinschaften (AGs) dar. Diese besitzen die nötige Expertise und das Personal einer schnellen Umsetzung der Zielsetzung einer jüngeren, weiblicheren und bunteren SPD.

350

Um die Arbeit dieser Untergliederungen bestmöglich zu gewährleisten, muss von Parteiseite eine ausreichende finanzielle und personelle Unterstützung, auch mit hauptamtlichen Strukturen, aber auch die Möglichkeit der Kommunikation unter den AGs gewährleistet und sichergestellt werden. Best practice Beispiele gerade in der Mitgliedergewinnung bzw. -schulung der unterschiedlichen AGs sind zu sichern und möglichst breit zu streuen.

355

Wir betrachten das organisatorische Skelett der SPD als verstaubt. Im Zeitalter der Digitalisierung, in dem Gespräche rund um die Welt nahezu kostenfrei und sekundenschnell geführt werden können, ist eine örtliche Organisationsform als einziges Fundament der Partei, und damit als Anker der Basis, nicht mehr zeitgemäß. Wenn Basisarbeit alleine in den Ortsvereinen stattfindet, welche als unterstes Organ Delegierte auf Parteitage entsendet, dann führt dies

360

zu einer strukturellen Benachteiligung junger Genoss*innen und einer Übervorteilung älterer Genoss*innen in der Form, dass Jüngere durch Beruf, Ausbildung und Studium häufiger den Wohnort, und damit auch den Ortsverein, wechseln und damit in der innerparteilichen Hierarchie wieder nach unten rutschen. Eine Partei ist aber nur dann attraktiv, wenn sie die Möglichkeit bietet, sich einzubringen und die Partei mit zu gestalten. Entsprechend muss die SPD, neben den Ortsvereinen, alternative Organisationsformen anbieten, die sich an den inhaltlichen Interessen der Genoss*innen ausrichten und die Programmatik der Partei entscheidend prägen. Analog zu räumlichen Strukturen muss den inhaltlichen Strukturen ebenfalls ein Antragsrecht eingeräumt werden. Zudem müssen Kanäle geschaffen werden, die das Delegieren von Personen aus den inhaltlichen Gremien auf Parteitage erlauben. Damit lösen wir das innerparteiliche Engagement vom Wohnort los, entlasten junge Parteimitglieder bei der Wohnortwahl und werden für die jüngeren Generationen deutlich attraktiver, ohne gleichzeitig das kommunalpolitische Fundament, namentlich die Ortsvereine, zu schwächen. So schaffen wir den Spagat zwischen moderner Partei und Präsenz in der Fläche.

Antragsarbeit auf Parteitag

Jedes Mitglied kann seine Anträge inhaltlich über verschiedene Parteiuntergliederungen und Arbeitsgemeinschaften einbringen. Diese Anträge werden auf den jeweiligen Parteitag gestellt. Um der inhaltlichen Arbeit gerecht zu werden, muss die Antragsberatung an Parteitagen priorisiert werden. Grußworte sind so zeitlich zu strukturieren, dass diese zusammen nicht mehr als 30% der Zeit eines Parteitages in Anspruch nehmen. Aus der Erfahrung der letzten Bundesparteitage wurden Anträge leider nur sehr kurz beraten. Eine Partei, die mit Inhalten punkten möchte, sollte daher darauf achten, dass Inhalte nicht zu kurz kommen.

Um die inhaltliche Arbeit der Mitglieder und Arbeitsgemeinschaften weiter zu würdigen, muss das Initiativrecht des Bundesvorstandes vor allem auf Bundesparteitagen und Konventen eingeschränkt werden. Denn dieser "missbrauchte" die letzten Jahre sein Initiativrecht, um umfangreiche Leitanträge kurz vorher einzubringen. Dadurch konnten gut ausgearbeitete und manchmal auch kontroverse Anträge der Arbeitsgemeinschaften und Verbände nicht mehr behandelt werden, da diese von der Antragskommission als erledigt deklariert wurden. Dies würdigt nicht ansatzweise die Arbeit der jeweiligen Mitglieder und führt zu Frust.

Vermehrt gab es den Eindruck unter Mitgliedern, dass die Antragskommissionen zu viel "Macht" haben. Oft verändern sie Anträge und geben nur ihre Zustimmung zu dem Antrag in der geänderten Fassung. Um diesem Eindruck entgegen zu treten, müssen Antragskommissionen derart gestaltet werden, dass sie Anträge nicht inhaltlich bearbeiten und verändern können. Diese Änderungen bzw. Bearbeitungen müssen in einem demokratischen Prozess eingegliedert sein, den es auch bereits gibt, nämlich in der Art von Änderungsanträgen.

Veränderungsprozess bewahren – Selbstkontrolle ermöglichen

405 Die SPD hat die Notwendigkeit einer eigenen Veränderung und Modernisierung erkannt. Dies begrüßen wir – wie eingangs erwähnt – sehr. Es muss jedoch auch nach diesem hoffentlich positiven Prozess gewährleistet werden, dass unsere Partei nie wieder an einem derartigen Punkt ist, an dem sie sich zur Zeit befindet. Hierfür müssen innerparteiliche Evaluations- und Kontrollmöglichkeiten geschaffen werden. Ein unterschätztes Instrument, das bei einer richtigen Handhabung jedoch äußerst wirksam sein kann, stellt der Rechenschaftsbericht dar.

Kommt dieser Punkt zur Zeit eher einer Formalie gleich, ist hier der Punkt der kritischen Kontrolle von Mandatsträger*innen, Fraktionen und Landesgruppen gegeben. Gerade unter der Berücksichtigung von Beschlusslagen kann hier die politische Idee mit der parlamentarischen Tat abgeglichen und wenn nötig ein parteinahes Verhalten eingefordert werden. Wir fordern daher, in die Satzung aufzunehmen, dass jedem Rechenschaftsbericht eine Tabelle mit dem Abstimmungsverhalten des*der Abgeordneten beizulegen ist, in dem von Beschlusslagen der Partei abweichendes Abstimmungsverhalten gesondert zu kennzeichnen ist. Dieses muss dem kontrollierenden Gremium dann erläutert werden. Nur so ist es den Untergliederungen möglich, die Abgeordneten tatsächlich zu kontrollieren.

Hierfür muss jedoch ein Bewusstsein sowohl in der Anhänger*innenschaft als auch in den verschiedenen Parteigremien geschaffen werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen und dem Verhalten unserer Mandatsträger*innen als Repräsentant*innen unserer Partei erfolgte in der Vergangenheit insgesamt gesehen zu wenig. Dies muss jedoch Richtlinie innerparteilicher Evaluation werden, um den jetzt eingeschlagenen Kurs fortzuführen und zu einem Erfolg werden zu lassen. Generell gilt: In unserer Partei hat nichts Bestandsschutz außer unsere Grundwerte! Somit lehnen wir auch das sogenannte Senioritätsprinzip für Mandatsträger*innen und Funktionär*innen ab. Wir wollen nicht, dass der Erneuerungsprozess strukturell als auch inhaltlich, durch personelle Machtentscheidungen oder regionalen Proporz, verhindert wird.

Opposition nicht nur im Parlament

Durch den begrüßenswerten Schritt die große Koalition zu beenden sind wir wieder in der Lage unser inhaltliches Profil zu schärfen und klar nach außen zu stellen. Das darf allerdings nicht nur in der Fraktion passieren, sondern die Opposition muss auch auf die Straße getragen werden.

Wir leben in Zeiten, in denen Meinungen als “normal” angesehen werden, die vor fünf Jahren nicht einmal am Stammtisch gesagt worden wären. Hier muss es für uns klar sein, dass wir das nicht tolerieren dürfen. Wir dürfen nicht schweigend daneben stehen und beobachten, wie nationalistische und rechtspopulistische Kräfte in unserem Land an Kraft gewinnen und fremdenfeindliches, islamophobes, frauenfeindliches, homo- und trans*phobes Gedankengut wieder mehrheitsfähig wird. Hier müssen wir unsere Kräfte bündeln und Bündnisse schließen.

445 Der friedliche Protest, eng vernetzt mit unseren Bündnispartner*innen vor Ort, muss immer und
überall das Ziel sein. Mit kreativen Aktionen zeigen wir, dass ein solches Gedankengut in unserer
Gesellschaft seit nunmehr 72 Jahren keinen Platz mehr hat. Wo es möglich ist, beziehen wir Ge-
meinden und Städte bzw. kommunale Amtsträger*innen mit ein. Eine Absprache und Vernetzung
450 mit lokalen Bündnissen gegen Rechts stellt hierin eine Selbstverständlichkeit dar, muss aber auch
dementsprechend gepflegt werden. Antifaschistisches Engagement auch von Nicht-Mitgliedern
gilt es in besonderem Maße zu würdigen, gerade in einer Zeit des gesellschaftlichen Rechtsrucks.

Das bedeutet auch uns nicht inhaltlich an die politische Rechte anzubiedern. Es gibt keine gute
Mitte, die frei ist von menschenverachtenden Ideologien, diese tauchen dort auf und müssen dort
455 bekämpft werden. Asylrechtsverschärfungen oder auch regressive Law and Order Politik waren
Ausdruck dieser Anbiederung an die politische Rechte und menschenverachtende Ideologien in
der Mitte der Gesellschaft. Wir müssen hier eine klare linke Alternative bieten, die das Grundrecht
auf Asyl und Freiheit vor Law and Order in den Mittelpunkt unseres Politikentwurfes stellt. Diese
Analyse bedeutet auch eine klare Absage an die Extremismustheorie mit ihrer Lüge der guten
460 Mitte und Solidarität mit zahlreichen kriminalisierten Bündnispartner*innen der radikalen Linken.
Gerade gemeinsam mit der Linkspartei und der AfD in der Opposition zu sein, heißt entgegen
der letzten Wortmeldungen von Olaf Scholz und ähnlichen eines: Klare Kante zu beziehen gegen
eine Gleichsetzung von vermeintlichen Linksextremen und Nazis. Diese Gleichsetzung wird
uns nicht nur strategisch nicht weiterbringen, sondern ist auch aus inhaltlichen Gründen strikt
465 falsch. Wer eine seit Jahren im Parlament etablierte Partei mit rein friedlichen Absichten mit
einer in großen Teilen faschistischen Partei gleichsetzt, hat in der antifaschistischen Tradition
der Sozialdemokratie nichts verloren. Dabei ist immer auch klar: Ziviler Ungehorsam ist explizit
Teil unseres praktischen Antifaschismus. Für uns ebenfalls klar, dass eine Annäherung an die
Meinungen von AfD-Wähler*innen, wie in Teilen durch Linkspartei, den Grünen, als auch der SPD
470 lehnen wir entschieden ab. Annäherung an AfD-Meinungen entsprechen nicht dem unserem
Selbstverständnis und einer progressiven Politik!

Mehr Gleichstellung in der Partei

475 Um eine feministische Partei zu sein, müssen Frauen die gleichen Chancen wie Männer in der
Partei haben. Aktuell haben wir nur eine weiche Geschlechterquote. Wir müssen hin zu einer
Quote, die wehtut, wenn sie missachtet wird, d.h. Delegationen müssen so viele Stimmen verlie-
ren, bis die Delegation wieder quotiert ist. Parteitage, Konferenzen der Arbeitsgemeinschaften
können nur beschlussfähig sein, wenn auch die Quote erfüllt ist.

480

Auf Parteitagen ist auf die Quotierung der Grußworte zu achten, sowie auch bei eingeladenen
Referent*innen. Die Antragsdebatten müssen ebenfalls quotiert sein, um ein Ungleichgewicht an
Redebeiträgen zu verhindern.

485 Mitgliedergewinnung

Die SPD konnte in diesem Jahr bereits zahlreiche neue Mitglieder gewinnen. Nicht nur nach dem deutlichen Mitgliederzuwachs im Frühjahr, sondern jetzt noch einmal nach der Bundestagswahl. So erfreulich dies auch ist, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass diese Mitgliederzuwächse bei weitem nicht den Verlust der letzten Jahre durch Austritte und Sterbefälle kompensieren können. Um die Partei wieder flächendeckend kampagnen- und handlungsfähig zu machen brauchen wir einen deutlich höheren Mitgliederzuwachs. In den ersten Tagen nach der Bundestagswahl sind über 3000 Menschen online der SPD beigetreten. Menschen also, bei denen überwiegend davon auszugehen ist, dass sie aus eigenem Antrieb, völlig ohne Ansprache oder Werbung eines Altmitglieds beitreten. Wie viele wären es erst, wenn wir Menschen gezielt ansprechen und anwerben würden?

Wir müssen uns daher darauf fokussieren neue Mitstreiter*innen für die Partei zu gewinnen. Dies muss ein elementarer und ständiger Teil der Parteiarbeit an sich werden. Hierzu ist es stets ratsam, Mitgliedsanträge – egal ob reine SPD- oder Juso-Anträge – in der Tasche zu haben sowie einige Flyer. Mittelfristig muss das Ziel sein, dass in sämtlichen Flyern der Partei und der Jusos ein Beitrittsantrag enthalten ist oder zumindest darauf verwiesen wird, wie man online Mitglied wird.

Doch mit der reinen Steigerung unserer Anhängerschaft ist nur ein erster Schritt getan. Ein Parteibuch führt noch lange nicht zu einer sozialdemokratischen Grundeinstellung. Deswegen stellt die Schulung unserer Neumitglieder einen Punkt dar, den es auszubilden gilt. Vor allem sollten diese Angebote niederschwellig gehalten werden, z.B. durch das Angebot eines Gutscheins für das erste Neumitgliederseminar. Mit dem Willkommenschreiben an das Neumitglied muss ein Organigramm der Parteistrukturen zur Orientierung versendet werden und direkt Beteiligungsangebote gemacht werden: “Hier und hier kannst du dich vor Ort beteiligen”, “du interessierst dich thematisch für xy, dann kannst du dich hier einbringen” usw. Erst wenn wir unsere Neumitglieder auch für die innerparteiliche Arbeit begeistern können, werden diese auch im Stande sein die nötige Begeisterung für die eigene Mitgliedergewinnung aufzubringen.

In Gesprächen mit Bürger*innen zeigt sich, dass die SPD mit ihrer Große-Koalitions-Konsenspolitik viele Menschen verschreckt hat. Vor allem junge Menschen haben wenige Ambitionen Parteimitglied zu werden. Nur durch ein klares Profil und eine Hervorhebung der Zukunftsorientierung unserer Partei lässt sich der GroKo-Einheitsbrei beseitigen. Hierfür ist es unerlässlich, dass wir mit unseren natürlichen Bündnispartner*innen, wie beispielsweise den Gewerkschaften und Sozialverbänden, wieder enger zusammenarbeiten und den arbeitsmarktpolitischen Kurs zwischen Arbeitnehmer*innenpartei und Wirtschaftsgekuschel aufgeben – wir stehen zu den arbeitenden Menschen in unserem Land und vertreten ihre Interessen!

Das Ziel muss es sein, durch klare Politik anhand unserer Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität das Vertrauen der Menschen zurück zu gewinnen und durch ein transparentes und offenes Antragssystem Mitglieder zum Mitarbeiten in der Partei zu animieren. Durch eine tatsächli-

che Chancengleichheit und die Möglichkeit, seine eigenen Ideen einzubringen, können wir wieder eine Partei werden, die dazu einlädt Mitglied zu werden.